BERLINER
INFORMATIONSDIENST

Programme der Parteien

ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013

SICHERHEITSPOLITIK

Polizei: Aufgaben

CDU

Polizei muss im Ernstfall sofort eingreifen können

Die Polizei muss die Möglichkeit erhalten, schnell auf Videoaufzeichnungen anderer, wie etwa der Deutschen Bahn, zuzugreifen

Strafrechtlichen Schutz weiter verbessern

Die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit stärken

FDP

Die Befugnisse der Polizei sorgen bereits heute schon für hohe Aufklärungsquoten. Wo es geboten erscheint, setzt sich die FDP für eine grundrechtsschonende Alternative zur Vorratsdatenspeicherung ein. Im Einzelfall sollen bei konkreten Verdachtsmomenten – also nicht anlass-los – bereits vorhandene Daten gesichert und dann nach richterlicher Entscheidung für Ermittlungszwecke genutzt werden können, wenn sich der Verdacht erhärtet

BKA-Gesetz soll geprüft werden

SPD

Ein friedliches Zusammenleben braucht professionelle und permanent gut geschulte Polizistinnen und Polizisten, die vor Ort präsent sind und die, wo sinnvoll, in Sicherheitspartnerschaften eingebunden sind

Eine Privatisierung von Sicherheitsaufgaben lehnt die SPD ab

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Dialogorientierte Polizeikultur

Eine föderale im rechtsstaatlichen Bewusstsein handelnde und effizient organisierte Polizei ist Garant für die Sicherheit und den Schutz der Grund- und Freiheitsrechte der BürgerInnen

Kriminalitätsbekämpfung ist Sache der Polizei, nicht des Militärs

DIE LINKE.

Beendigung der Beteiligung von Bundes- und Länderpolizeien an internationalen Polizeieinsätzen, die zur Unterstützung von Kriegen und autoritären Regimen dienen

Polizei: Ausstattung

CDU

Gut ausgestattete Polizei, die für die Menschen sofort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens ist

Angemessene Ausstattung der Polizeikräfte an den deutschen Grenzen und eine noch engere Verzahnung der Zusammenarbeit von Bundespolizei und Landespolizeien in Grenznähe

FDP

Deutschland braucht Sicherheitsarchitektur aus Behörden mit guter Ausstattung an Personal und Sachmitteln

Polizei ist zuallererst Ländersache

Gemeinsame Zentren der polizeilichen Zusammenarbeit

SPD

Die Arbeit der Polizei muss anerkannt und angemessen ausgestaltet sein

Ermittlungsverfahren sollen effektiv und effizient, d.h. in engerer Kooperation und Vernetzung aller beteiligten Behörden durchgeführt werden

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die Polizei braucht genug Personal, gute Ausbildung und eine moderne Ausrüstung

Der Einsatz von Drohnen durch die Polizei zur Observation oder Videoüberwachung vom öffentlichen Raum oder von Demonstrationen wird abgelehnt

Polizei: Schnittstelle zu Geheimdiensten

FDP

Eine Ausweitung polizeilicher und nachrichtendienstlicher Kompetenzen des Bundes lehnt die FDP ab

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Striktes Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten: Aufgaben und Befugnisse dürfen nicht vermischt werden. Die Polizei ist zuständig für die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung

Der notwendige Informationsaustausch zwischen Gemeindiensten und Polizei muss gesetzlich streng geregelt sein und effektiv kontrolliert werden. Anforderungen und Grenzen der organisierten gemeinsamen Arbeit müssen gesetzlich so formuliert sein, dass eine dauerhafte personelle, strukturelle und informationelle Vermischung von Polizei- und Nachrichtendiensten ausgeschlossen wird

Bundeswehr: Kontrolle

CDU

Einsätze müssen in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und dem Völkerrecht erfolgen und der Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit dienen

Der Einsatz muss in seinen Risiken vertretbar sein und klar festgelegte, erreichbare Ziele verfolgen

FDP

Parlamentsarmee

Vor Beginn von Einsätzen in Krisengebieten müssen die politischen Ziele und Zeitlinien sowie eine Exit-Strategie klar formuliert sein. Diese sind für die Dauer des Einsatzes fortzuschreiben

SPD

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, die in die europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen integriert ist – das Parlament hat bewiesen, dass es mit seinem konstitutiven Entscheidungsrecht verantwortungsvoll umgeht

Eine Aufweichung des Parlamentsvorbehalts lehnt die SPD ab

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Der Parlamentsvorbehalt hat sich bewährt, muss jedoch insbesondere hinsichtlich der Kontrolle von geheimhaltungsbedürftigen Einsätzen gestärkt werden

Jeder militärische Einsatz muss fortlaufend auf seine Verhältnismäßigkeit, Wirksamkeit und rechtliche Grundlage überprüft werden. Für einen Einsatz ist ein Mandat des Sicherheitsrats nach der gegenwärtigen Verfasstheit der VN die Voraussetzung

Gewaltsames militärisches Eingreifen im Einzelfall nur, wenn es aufgrundlage eines völkerrechtlich klaren Mandates der VN sowie eines Bundestagsmandats erfolgt

Handeln der Soldatinnen und Soldaten ist ohne Ausnahme an Grund- und Menschenrechte gebunden

Bundeswehr: Aufgaben

CDU

Die Bundeswehr ist ein Garant für die Sicherheit Deutschlands und seiner Bündnispartner

Fähigkeiten der Bundeswehr sollen sich an den sich verändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen anpassen

FDP

Die Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes sollen künftig Bundeswehr und Verfassungsschutz wahrnehmen. Die zersplitterten Strukturen bei der Sicherung der Küsten sollen in einer nationalen Küstenwache zusammen geführt werden

Trennung der Zuständigkeiten von Bundeswehr und Polizei

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen die Grünen ab

Die Bundeswehr kann einen Beitrag zur Gewalteindämmung und kollektiven Friedenssicherung leisten

DIE LINKE.

Bundeswehr zu einer strukturell nicht angriffs- und interventionsfähigen Armee abrüsten

Langfristig: Deutschland, Europa ohne Armeen

Gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern

Bundeswehr: Reformen

CDU

Die Neuausrichtung der Bundeswehr ist ein Erfolgsprojekt: Damit wird eine Bundeswehr gestaltet, die auch künftig über ein breites Spektrum von Fähigkeiten verfügt

Stärkung der Betreuung von Soldatinnen und Soldaten, die aus einem Auslandseinsatz zurückkehren

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern: Ausbau der Kinderbetreuung, möglichst heimatnahe Verwendungen, flexible Einsatzzeiten oder Telearbeitsplätze

Die Bundeswehr muss auch künftig öffentlich wahrnehmbar bleiben: öffentliche Gelöbnisse und Appelle

Reservistenstruktur weiter stärken und die zivimilitärische Zusammenarbeit ausbauen

FDP

Struktur und Rechtssicherheit für die Streitkräfte

Arbeit der Bundeswehr soll Anerkennung in der Öffentlichkeit erfahren

Die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung soll unter anderem durch eine entsprechende Repräsentanz in der Fläche erreicht werden

Steigerung der Attraktivität des Dienstes: Die Gehaltshöhe, die Qualität der Infrastruktur, Weiterbildungsmöglichkeiten, Versetzungshäufigkeit, die Versorgung im Falle der Verwundung sowie die Vereinbarkeit von Dienst und Familie sind dabei wesentliche Faktoren

SPD

Reform der Bundeswehr soll zu einer weiteren Europäisierung der Streitkräfte im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsplanung führen

Verankerung der Bundeswehr in demokratischer und pluraler Gesellschaft muss erhalten und gestärkt werden

Fragen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft, die der Umbau zu einer Freiwilligenarmee aufwirft, sollen in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs beantwortet werden

Entwicklung eines umfassenden Konzepts zur Nachwuchsgewinnung und ein Attraktivitätsprogramm, das eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit sich bringt

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Weitere Verkleinerung der Bundeswehr

Gegen internationalen Tendenz zur zunehmenden Privatisierung militärischer Aufgaben

Unabhängige Evaluation internationaler Einsätze

Die gesellschaftliche Anerkennung von Soldatinnen und Soldaten darf nicht mit einer Verherrlichung militärischen Handelns einhergehen

Abschaffung der Wehrpflicht war überfällig

DIE LINKE.

Umbau der Bundeswehr in eine Einsatzarmee soll gestoppt, ihre Personalstärke in Konversionsprozessen für Betroffene und Standorte weiter abgesenkt werden

Geheimdienst: Ausstattung

CDU

Finanzierung nachhaltig gestalten

Moderne Ausrüstung

Verbesserung der sozialen Absicherung. Prüfung, ob die Hinzuverdienstgrenzen für aus dem Dienst ausgeschiedene Berufssoldatinnen und -soldaten aufgehoben werden können

FDP

Die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr muss durch eine entsprechende Finanzierung sichergestellt sein. Auslandseinsätze dürfen dabei nicht zu Lasten des laufenden Etats des Verteidigungsministeriums gehen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die Bundeswehr muss europatauglicher und VN-fähiger werden, das heißt, sie muss so umgebaut werden, so dass sie ihren stabilisierenden und schützenden Aufgaben in internationalen Konflikten besser gerecht werden kann - dieses Leitbild sollte wegweisend für die Bundeswehrreform sein

Die Bundeswehr muss deutlich mehr zur Haushaltskonsolidierung beitragen, auch durch weiteren Personalabbau

Die wirtschaftlichen Folgen militärischen Strukturwandels sind durch eine aktive Konversionspolitik auszugleichen – Einsparung von über 10 Prozent des Wehretats

DIE LINKE.

Gegen den Bau teurer Ausbildungszentren, in denen die Bundeswehr Interventionseinsätze und Stadtkampf übt

Geheimdienst: Aufgabe

FDP

Ausweitung der Zuständigkeiten der Nachrichtendienste in den Bereich der Gefahrenabwehr lehnt die FDP ab

Rückbesinnung auf die Kompetenzbereiche der Sicherheitsbehörden

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Breite Diskussion über die Sicherheitsarchitektur

Der MAD soll aufgelöst werden

Für das ganze Geheimdienstwesen muss es eine klare Zäsur und einen umfassenden strukturellen und personellen Neustart und eine Neuausrichtung der Aufgaben geben

Geheimdienste sollen künftig ausschließlich Aufgaben wahrnehmen, die nicht auf anderen Wegen, also durch öffentlich und parlamentarisch besser kontrollierbare Institutionen, erbracht werden können

Geheimdienst: Kontrolle

FDP

Umfassende parlamentarische Kontrolle über die Nachrichtendienste

Mitgliedern des Parlamentarischen Kontrollgremiums ist jederzeit und unangekündigt Zugang zu den Diensten, Informationen und Unterlagen zu gewähren, sofern dies zur Kontrolle erforderlich ist

Mitarbeiter der Dienste sollen durch das Gremium jederzeit mit qualifizierter Ein-Viertel-Minderheit vorgeladen werden können

Die Arbeit des Gremiums soll durch die Berufung eines ständigen Sachverständigen unterstützt werden, der unter anderem die Arbeit in Untersuchungsausschüssen als Ermittlungsbeauftragter unterstützt

Über den Einsatz von V-Leuten ist das Gremium alle sechs Monate durch die Bundesregierung zu informieren

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Starke Auskunftsrechte der von Überwachung Betroffenen gegenüber Nachrichtendiensten und anderen Sicherheitsbehörden sowie eine effiziente Kontrolle

Rüstung: Allgemein

CDU

Rüstungsprojekte mit den Partnern in EU und NATO

FDP

Umfassende Stärkung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages und für ein Inkrafttreten des Teststoppvertrages

Werben für den Beitritt von Nichtvertragsstaaten zum Biowaffen- sowie dem Chemiewaffenverbotsübereinkommen

Ziel eines Abzugs taktischer Nuklearwaffen aus Europa

Die universelle Anwendung der internationalen Vertragsregime und Verhaltenskodizes ist erklärtes Ziel

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Gegen Anschaffung bewaffneter Drohnen der Bundeswehr

International für ein Verbot von vollständig autonomen Waffen

Mehr Transparenz und Kontrolle beim Einsatz von Dual-Use-Gütern, die auch zur Kriegsführung und zum repressiven Gebrauch genutzt werden können

Ächtung von Uranmunition

Die Stationierung von Atomwaffen in Büchel und die Befähigung deutscher Flugzeuge und PilotInnen zum Einsatz oder Transport von Atomwaffen müssen beendet werden.

Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland

DIE LINKE.

Keine Militarisierung der Außenpolitik

Verbot von Rüstungsproduktion

Statt „Milliarden für Rüstung und Militär auszugeben“, sollen alternative Energien, der öffentliche Verkehr mit neuen Verkehrssystemen und die öffentliche Daseinsvorsorge ausgebaut werden

Bundeswehr oder die Polizeien des Bundes und der Länder dürfen keine Kampf- und Überwachungsdrohnen anschaffen oder sich am Betrieb solcher Systeme bspw. im Ausland beteiligen

Rüstung: Kontrolle

CDU

Verbreitung von konventionellen Waffen stärker kontrollieren

Verhinderung von Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Stärkung der Überprüfungsmöglichkeiten der Internationalen Atomenergieorganisation

FDP

Die Kontrolle über den weiteren Verbleib und die Verwendung exportierter Waffen und Rüstungsgüter ist auszubauen

Die Rüstungskontrolle ist auf neue Technologien der modernen Kriegsführung wie zum Beispiel Spionagesoftware auszuweiten

SPD

Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für zentrale Überlebensfragen von morgen. Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen

Regionale Ansätze verfolgen für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen

Abzug im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages der verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland

Neue Impulse der konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Mehr Transparenz und Kontrolle

Abschaffung des Bundessicherheitsrats. Dafür Parlamentarisches Gremium, das die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung kontrolliert und bei Entscheidungen über sensible Exporte, insbesondere Exporte in Drittländer, ein aufschiebendes Veto einlegen kann

Endverbleibskontrolle gesetzlich verankern

Ende der globalen Aufrüstung

Handel mit Kleinwaffen muss massiv begrenzt und kontrolliert werden, die internationale Ächtung von Streumunition sowie Landminen muss weltweit und konsequent umgesetzt werden

Rüstung: Exporte

CDU

Strengen Richtlinien für die Ausfuhr von Rüstungsgütern

Angleichung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU

FDP

Der Rüstungsexportbericht soll künftig zeitnah im direkten Anschluss an den Berichtszeitraum veröffentlicht werden

SPD

Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte massiv missachtet und verletzt werden, lehnt die SPD ab

Schaffung eines parlamentarischen Gremiums im Deutschen Bundestag, das bei zentralen Waffenexportentscheidungen die Bundesregierung kontrolliert und das zeitnah Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit herstellen kann

Eine mögliche Weitergabe aus Deutschland exportierter Waffen an Dritte ist wirksam zu kontrollieren und Verstöße gegen Endverbleibsklauseln sind streng zu sanktionieren

Keine überstürzte Entscheidung zur Beschaffung von Kampfdrohnen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Verbindliches und restriktives Rüstungsexportgesetz, das deutsche Rüstungsexporte nur nach klaren Kriterien erlaubt. Dabei sollen diese Kriterien so konkretisiert werden, dass sie im Wege einer Verbandsklage vor einem Gericht eingeklagt werden können. Die Zuständigkeit soll vom Wirtschaftsministerium auf das Auswärtige Amt übertragen werden.

Rüstungsexporte in Staaten, die Menschenrechte mit Füßen treten, darf es nicht mehr geben

Verbot von Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte und Export von Produktionslizenzen für Kriegswaffen an Drittstaaten

Stopp der Verbreitung der zivilen Nutzung der Atomtechnologie

Anpassung des Atomwaffensperrvertrags

DIE LINKE.

Verbot aller Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken

Rüstungsexporte sollen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden

Die Forschung zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion, soll sowohl durch öffentliche Gelder als auch durch die davon betroffene Privatwirtschaft und ihre Verbände finanziert werden

Beteiligungsverbot deutscher Unternehmen an internationalen oder ausländischen Rüstungsunternehmen

Die letzten noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden

Kampf gegen Terrorismus

CDU

Mit dem Zusammenwirken von Verfassungsschutz und Polizei im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum soll die Schlagkraft der Sicherheitsbehörden gestärkt werden

Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und gegen Rechtsextremismus sind die Anti-Terror-Datei und die Rechtsextremismus-Datei unverzichtbare Mittel für den schnellen Informationsaustausch zwischen den Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden

Verfassungsrechtlich gebotene Klarstellungen zu den erfassten Personenkreisen sollen schnellstmöglich vorgenommen werden

Auch in den anderen Bereichen wie dem Links- und Ausländerextremismus brauchen man gemeinsamen Verbunddateien

Der Gewinn von Insiderinformationen aus dem extremistischen Milieu durch das Anwerben und Führen sogenannter V-Leute ist unerlässlich, um das Innenleben oftmals abgeschotteter verfassungsfeindlicher ruppierungen zu durchleuchten

Auswahl und Führung von V-Leuten müssen allerdings verbessert, ihr Einsatz wirksamer kontrolliert werden

Angemessenheit und Wirksamkeit der bestehenden Mittel fortwährend prüfen

Jede Form von extremistischen und terroristischen Bestrebungen alle verfassungs- und vereinsrechtlichen Mittel, wie etwa Vereinsverbote, konsequent nutzen

Verschärfung des Ausweisungsrecht für ausländische Straftäter

Werben um Sympathie für eine kriminelle oder terroristische Vereinigung unters Strafe stellen

Mitglieder von Zellen, die Brand- und Sprengstoffanschläge verüben, sollen künftig regelmäßig als Mitglieder terroristischer Vereinigungen eingestuft und entsprechend bestraft werden können

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die Einrichtung des Gemeinsamen Extrmismus- und Terrorabwehrzentrums (GETZ) im November 2012 erfolgte blindlings, ohne gründliche Fehleranalyse und ohne ausreichende Beteiligung der Länder

GETZ einer kritischen Prüfung unterziehen

Keine weitere Abwehrzentren und gemeinsame Dateien

Terrorismus und Kriminalität bekämpfen, ohne die Freiheitsrechte aufzugeben

Präventive Ansätze zur Bekämpfung des Terrorismus

Koordinierte Aussteiger- und Deradikalisierungsprogramme

Cyberkriminalität/Datenschutz

CDU

Widerstandsfähige IT-Infrastrukturen und Netze zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung gewährleisten, Sicherheitsbehörden müssen erforderliche Befugnisse sowie technische und personelle Ausstattung erhalten; Unternehmen vor gezielter Industriespionage besser schützen – u. a. durch Sicherheitspartnerschaften und besseren Informationsaustausch zwischen Staat und Wirtschaft; Forschung auf diesem Gebiet weiter vorantreiben, neuartige Projekte weiterhin fördern: Deutschland soll sich zum Marktführer für Cybersicherheitslösungen entwickeln

FDP

Strafbarkeitslücke im Bereich Datenhehlerei schließen: Nicht nur der Diebstahl und die unbefugte Verwendung von Daten sind zu bestrafen, sondern auch die Weitergabe rechtswidrig erlangter Daten, daher Aufnahme des Straftatbestandes der Datenhehlerei in das Strafgesetzbuch

Alle Bereiche des öffentlichen Lebens gegen digital geführte Angriffe wappnen

IT-Sicherheit kann aber nicht zuvörderst der Staat gewährleisten, sondern liegt in der Verantwortung der Unternehmen, Nutzer und Provider

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Einführung einer globalen Internet-Governance-Struktur: Stärkung grenzüberschreitender Kooperationen für effektive und bessere Rechtsdurchsetzung durch Ermittlungsbehörden unter Berücksichtigung möglichst aller Interessen und Akteure

SPD

Die SPD will, dass Ermittlungsbehörden auf Augenhöhe mit hochtechnisierten Kriminellen bleiben

Die für die digitale Welt vorhandene Sicherheitsarchitektur muss stetig auf ihre Effektivität und Effizienz, aber auch Verhältnismäßigkeit überprüft und gegebenenfalls an die Erfordernisse eines wachsenden Kriminalitätsfeldes angepasst weden

Auch die Unternehmen müssen ihren Beitrag gegen Cyberangriffe leisten. Die SPD will, dass sie Attacken melden, damit Polizei und Staatsanwaltschaft rasch Ermittlungen führen können und so Schäden für die Unternehmen, die Kunden und letztlich die Volkswirtschaft minimiert werden.

Den Umgang mit Verbindungsdaten soll auf die Verfolgung schwerster Straftaten beschränkt werden, die Datenarten und Speicherdauer hinsichtlich ihrer Eingriffsintensität differenzieren und Regelungen klar, einfach und zukunftsfähig fassen. Die Speicherung von Bewegungsprofilen soll es nicht geben

Sicherheitspolitik: Allgemein

FDP

Nationale Sicherheitsstrategie als Beitrag zu einer EU-Sicherheitsstrategie

Nur durch die Formulierung und regelmäßige öffentliche Diskussion einer solchen Strategie kann es gelingen, in einer breiten Öffentlichkeit Bewusstsein und Verständnis für sicherheitspolitische Themen zu schaffen

Schwerpunkt auf die Stärkung des Aufbaus von zivilen Fähigkeiten (Verwaltung, Justiz, Polizei)

SPD

„Sicherheitspolitik mit Augenmaß“

vorausschauende Friedens- und Entspannungspolitik zeitgemäß erneuern und weiterentwickeln

Klare Orientierung und die Festlegung von Prioritäten im Bereich der riedensförderung und Konflikttransformation

Konzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung” weiterentwickeln

Zivile Friedensdienst hat sich als ein zivilgesellschaftliches Element der Krisenprävention bewährt und soll wieder gestärkt werden

Zivile Krisenprävention und Konfliktregelung haben für uns immer eindeutig Vorrang.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ins Zentrum der deutschen Außenpolitik rücken

Eine neue Außen- und Entwicklungspolitik muss deshalb Menschenrechte ins Zentrum rücken

Nationale und internationale Systeme zur Frühwarnung und frühen politischen Aktivieung stärken

Diplomatie, Konfliktvermittlung und zivile Sanktionenstehen an erster Stelle

Nationale Friedensstrategie, effektivere Strukturen, mehr Geld und Personal für zivile Friedensförderung in den Bereichen Konflikttransformation, Gender-Mainstreaming, Polizei, Justiz, öffentliche Verwaltung, Parlamentsaufbau, Dialog und Versöhnung

Die Überflugrechte und Militärbasen ausländischer Streitkräfte in Deutschland dürfen ausschließlich im Sinne des Völkerrechts genutzt werden. Luft-Boden-Übungsplätze wie die Nordhorn Range sind verzichtbar. Der Militärische Abschirmdienst ist aufzulösen

DIE LINKE.

Krieg darf kein Mittel der Politik sein

Der Rückzug aller deutschen Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen

Lösung der Konfliktursachen und die Gewaltvorbeugung in den Mittelpunkt der deutschen Politik stellen

keine Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen

konsequente Friedenspolitik

Aufstockung der Mittel für den Zivilen Friedensdienst, der speziell ausgebildete Fachleute in Konfliktgebiete entsendet

Soziale und politische Konflikte müssen friedlich und demokratisch gelöst werden – nicht durch Drohung oder gar den Einsatz militärischer Gewalt, sondern durch Ausweitung demokratischer Beteiligungsrechte

Sicherheitspolitik: Bürgerrechte

SPD

Sicherheit und Bürgerrechte dürfen keine Gegensätze sein

In der Demokratie gehören Freiheit und Sicherheit zusammen

Sicherheitspolitik: Europa

CDU

Bei offenen Binnengrenzen muss die innere Sicherheit in der Europäischen Union gewährleistet bleiben

Die entfallenen Grenzkontrollen im Schengen-Raum sollen weiterhin durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen werden, wie etwa durch anlassunabhängige Kontrollen entlang der Grenze

Aufbau eines EU-weiten Ein- und Ausreiseregisters

Einführung eines elektronischen Visumverfahrens als Ausgleichsmaßnahme für Lockerungen bei der Visapflicht prüfen

Die Europäische Union braucht eine abgestimmte und zugleich handlungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik. Sie muss auf einer weiterentwickelten gemeinsamen Sicherheitsstrategie fußen und den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik stärken.

Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit in Europa bei gleichzeitiger Weiterentwicklung der transatlantischen Arbeitsteilung zum Beispiel durch das Zusammenlegen und gemeinsame Nutzen bisher nationaler militärischer Fähigkeiten

Langfristig: Europäische Armee

Die Europäische Union braucht eine strategische Diskussion, was sie mit zivilen Mitteln und militärischen Einsätzen erreichen kann und will

Zivile Mittel haben Vorrang. Die bestehenden Fähigkeiten der EU in der zivilen Krisenprävention und in der Krisennachsorge müssen dabei im Sinne des vernetzten Ansatzes von EU und NATO mit den militärischen Fähigkeiten verzahnt werden

Gemeinsame europäische Einsätze zur Wahrung und Stärkung der Sicherheit Europas vorrangig in geographischen Nachbarschaft

Einsätze jenseits dieser Nachbarschaft sollten vermehrt regionalen Partnern und Organisationen übertragen werden, beispielsweise der Afrikanischen Union (AU), der Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) oder dem Golf-Kooperationsrat (GCC), die von Europäischer Union und NATO entsprechend unterstützt und vorbereitet werden sollten

FDP

Durch Schaffung gemeinsamer Strukturen sollen langfristig die Voraussetzungen für europäische Streitkräfte unter parlamentarischer Kontrolle geschaffen werden

SPD

Langfristig: Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert sein muss

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Stärkung des Europäischen Auswärtigen Diensts mit dem Ziel, dass Europa außenpolitisch mit einer gemeinsamen Stimme sprechen kann („Zivilmacht Europa“)

Streitkräfte in Europa integrieren und reduzieren

DIE LINKE.

Die Linke wendet sich gegen einen zivilmilitärischen Europäischen Auswärtigen Dienst, die Beteiligung an Einsätzen im Rahmen der GASP und ESVP und lehnt eine Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowie an EU-Battlegroups und EU-Interventionsstreitkräften ab

Aufbau eines europäischen Zivilen Friedensdienstes

Sicherheitspolitik: Afghanistan

CDU

Das Ende des Kampfeinsatzes wird zur Jahreswende 2014/15 erfolgen. Die Bundeswehr wird sich ab 2015 vorrangig für die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte einsetzen

FDP

Fortsetzung des Abzugs der Kampftruppen für 2014

Aufbau des Landes im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

SPD

Die SPD will den Prozess des Übergangs von ISAF zu einer neuen Mission in Afghanistan mit dem Schwerpunkt Ausbildung aktiv begleiten. Afghanistan und die internationale Gemeinschaft können sich darauf verlassen, dass „wir zu unseren Zusagen stehen“ – gerade auch mit Blick auf die zivile Hilfe

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Sollte die afghanische Regierung eine weitere Truppenpräsenz zur Überwachung eines Waffenstillstandes oder als Ausbildungsmission wünschen, muss dafür eine neue Rechtsgrundlage durch die VN geschaffen werden. Sie ist als peace building mission zu mandatieren und soll als direkt geführte VN- Mission erfolgen – ohne Kampfauftrag und Aufstandsbekämpfung

Aufnahmeprogramm für Ortskräfte der Bundeswehr und deutscher Entwicklungsorganisationen einschließlich ihrer Familien. Denjenigen, die dies wünschen, muss die Möglichkeit einer Aufnahme in Deutschland gewährt werden

Für Menschen, die in ihrem Leben oder in ihrer Gesundheit spätestens dann bedroht sind, wenn das Militär abzieht und die Macht neu verteilt wird, muss es eine Möglichkeit des Asyls geben

Von der Bundeswehr zu verantwortende zivile Opfer und ihre Angehörigen sind großzügig und unbürokratisch zu entschädigen

Die zivilen Mittel für Afghanistan sollen mindestens im bisher erreichten Umfang aufrechterhalten werden

DIE LINKE.

Sofortiger, vollständiger und bedingungsloser Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan

Tragfähiges, ziviles Konzept, das dem afghanischen Staat ermöglicht, die bisher in Teilen von der Bundeswehr übernommenen Sicherheitsaufgaben selbst zu gewährleisten

Die Bundesrepublik soll die Gelder, die insgesamt bisher für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan verwendet werden, in ihrer Gesamtsumme für mindestens zehn Jahre für zivile Projekte und Wiederaufbau in Afghanistan zur Verfügung stellen.

Sicherheitspolitik: Naher Osten

CDU

Besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischen Staat

Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind nicht verhandelbar

Ziel ist eine Zweistaaten-Lösung mit einem Israel in dauerhaft sicheren Grenzen und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, die in friedlicher Nachbarschaft leben

FDP

Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und eine ausverhandelte Zweistaatenlösung

Eine atomare Bewaffnung des Irans wäre nicht nur für Israel und die gesamte Region eine Gefahr, sondern für die ganze Welt (diplomatische Lösung des Konflikts um das iranische Nuklearprogramm entsprechend den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats)

SPD

Die SPD will gegenüber den Vereinigten Staaten auf einen neuen Anlauf im Nahost-Friedensprozess drängen. Zentrales Ziel im Nahen Osten ist eine Zwei-Staaten-Lösung: Mit einem Israel, das in Frieden, Sicherheit und in von seinen Nachbarn anerkannten Grenzen lebt – und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, in dem die Menschen eine lebenswerte Zukunft haben

Die SPD will ihren Beitrag zur Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung leisten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Frieden zwischen Israel und Palästina wird nur möglich sein durch einen fairen Interessenausgleich, der die Sichtweisen, die Rechte und die Sicherheit aller Menschen in der Region im Blick hat

Dauerhafte Unterstützung für die Existenz und die Sicherheit Israels

Zwei-Staaten- Regelung und ein Ende der Besatzung

Der Staat Palästina muss gestärkt, zeitnah von Europa anerkannt und als Vollmitglied in die VN aufgenommen werden

Gemeinsam mit der US- Regierung, mit positiven und negativen Anreizen beide Seiten zu direkten und substantiellen Friedensgesprächen unter Einbeziehung aller verhandlungsbereiten Kräfte bewegen, um möglichst bald Frieden aufgrundlage der Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten und eine Lösung der Flüchtlingsfrage zu erreichen

Verurteilung des Raketenbeschuss und der Bombenanschläge auf Israel als auch die fortschreitende Landnahme in der Westbank inklusive Ost-Jerusalem sowie die Blockade des Gazastreifens

Unterstützung der Verständnis fördernden Arbeit der zahlreichen Friedensinitiativen in Israel und Palästina

Sicherheitspolitik: Syrien

SPD

Der Konflikt in Syrien birgt die ernste Gefahr, die gesamte Region in eine Spirale politisch und religiös motivierter Gewalt hineinzuziehen. Deutschland soll bei der Lösung dieses Konflikts nicht länger abseits steht, sondern seine diplomatischen Möglichkeiten stärker als bislang nutzen, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Gleichzeitig sollen die Anstrengungen zur Hilfe für die syrischen Flüchtlinge verstärkt werden

Grundsätzlich will die SPD die arabischen Staaten im Umbruch bei den Bemühungen unterstützen, die gewonnene Freiheit zu nutzen, um neue wirtschaftliche Perspektiven und rechtsstaatliche und demokratische Strukturen zu entwickeln. So ist der sich ausbreitende militante Islamismus in den Staaten der Sahel-Zone eine ernst zu nehmende Bedrohung für Deutschland und Europa. Dieser Bedrohung werde man mit militärischen Mitteln allein auf Dauer nicht begegnen können

Entwicklung einer Strategie zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der gesamten Region

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die internationale Gemeinschaft ist nicht in der Lage oder willens, ihrer Schutzverantwortung gegenüber der syrischen Bevölkerung gerecht zu werden

Eine systematische Untersuchung der schwersten Menschenrechtsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof hat die internationale Gemeinschaft bislang nicht verfolgt

Aufnahme von syrischen Flüchtlinge in Deutschland

Stärkere Unterstützung der Nachbarstaaten Syriens bei der Versorgung und Unterbringung der täglich größer werdenden Zahl an Flüchtlingen. Außerdem soll humanitäre Hilfe an die syrischen Binnenflüchtlinge gerade in den sogenannten befreiten Gebieten durch Zusammenarbeit mit syrischen und internationalen NGOs ankommen und der Aufbau der zivilen Strukturen in diesen Gebieten gezielt unterstützt werden

Keine Waffenlieferungen

Im Rahmen der Vereinten Nationen wird von den Grünen weiterhin die Aushandlung eines landesweiten politischen Prozesses unterstützt zudem wollen sie dies gegebenenfalls durch eine VN-Blauhelmmission absichern

Sicherheitspolitikpolitik: Iran

FDP

Diplomatische Lösung des Konflikts um das iranische Nuklearprogramm entsprechend den Resolutionen des UN-Sicherheitsrat

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Deutschland und die EU sollen in den Verhandlungen mit dem Iran eine aktivere und stärker vermittelnde Rolle einnehmen und für die Überprüfung der Sanktionen eintreten

Internationale Organisationen / Bündnisse: Vereinte Nationen I

CDU

Bei der Reform des Sicherheitsrats befürworten CDU/CSU einen ständigen Sitz für die Europäische Union

Auf dem Weg dorthin ist Deutschland bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen

Eine Weiterentwicklung des Völkerrechts trägt dazu bei, dass die Vereinten Nationen einen wirksameren Beitrag zur weltweiten Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten leisten

FDP

Die Vereinten Nationen sind das Herzstück einer Weltordnung, die auf Kooperation setzt

Langfristig muss die EU im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über einen eigenen Sitz verfügen

Deutschland soll darüber hinaus als Truppensteller und Geber von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen weiterhin seine globale Verantwortung wahrnehmen

SPD

Die Vereinten Nationen bleiben als wichtigste Weltorganisation hauptverantwortlich für Frieden und Sicherheit

Notwendige politische Reform und Stärkung der UNO, was eine Reform und Stärkung des Sicherheitsrates einschließt

Stärkung des Systems der Vereinten Nationen

Vereinten Nationen mit ihrer universellen Mitgliedschaft und Legitimität soll in den Mittelpunkt der politischen Globalisierung

Das Prinzip der Schutzverantwortung muss sich vor allem auf die zivilen Maßnahmen konzentrieren

Internationale Organisationen / Bündnisse: Vereinte Nationen II

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Im Falle einer Blockade des Sicherheitsrates sollte die Generalversammlung anstelle des Sicherheitsrates mit qualifizierter Mehrheit Sanktionen bis hin zu friedenserzwingenden Maßnahmen nach Kapitel VII der VN-Charta beschließen

Stärkung der VN und Regionalorganisationen, vor allem die EU und OSZE, in ihren Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention

Vorrang direkt geführter VN-Missionen vor EU- oder NATO-geführten Missionen

Der VN eigene ständige Truppen unterstellen anstatt nationaler Militärkontingente

Deutschland soll VN-Missionen – zivile wie militärische – nicht nur finanziell, sondern auch personell stärker unterstützen

Deutschland soll den VN mehr ziviles Fachpersonal zur Verfügung stellen

Unterstützung der von den Vereinten Nationen vorgeschlagene Konferenz zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten

Kein Akteur der internationalen Politik besitzt mehr Legitimation als die VN. Für diese Legitimation ist jedoch wichtig, dass jeder Staat die gleiche und faire Möglichkeit bekommt, als Mitgliedsstaat aufgenommen zu werden

Dringenden Reformbedarf, damit sie für die großen Herausforderungen unserer Zeit besser gewappnet sind

Deutschland soll wieder zu einem starken und engagierten Mitgliedsstaat mit einer klaren demokratie- und friedenspolitischen Agenda gemacht werden, der besonders die zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung stärkt

Der Sicherheitsrat muss reformiert werden mit dem Ziel einer gerechteren Zusammensetzung

Vetomöglichkeiten mit einem Begründungszwang belegen

Langfristig: Abschaffung des Vetos im VN-Sicherheitsrat

Ausbau des oder der nichtständigen europäischen Sitz(e) der westlichen Gruppe unter Einbeziehung des Vereinigten Königreichs sowie Frankreichs als permanente europäische Vertretung

Die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in den VN und im Sicherheitsrat muss repräsentativer und transparenter werden

Dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 soll der Begriff der menschlichen Sicherheit zu Grunde gelegt werden

Konfliktprävention, Konfliktaufarbeitung, auch durch Strafverfolgung, der zivile Schutz von Menschen- und Frauenrechten und soziale Rechte sollen Schwerpunkt Deutschlands in seiner Arbeit mit dem Aktionsplan 1325 sein

DIE LINKE.

VN als zentrale Organ für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten

Das Gewaltverbot soll gestärkt werden

Die Generalversammlung, in der alle Mitglieder der Vereinten Nationen vertreten sind, muss mehr entscheiden können

Internationale Organisationen / Bündnisse: Nato

CDU

Die NATO soll für neue Mitglieder weiterhin offen sein, die die Werte des Bündnisses und seiner Mitgliedstaaten teilen und deren Aufnahme mehr Sicherheit für alle Mitgliedstaaten bringt

FDP

Die NATO bleibt auch in Zukunft stärkster Anker gemeinsamer Sicherheitspolitik

Sie selbst, aber auch die anderen bedeutenden internationalen Friedens- und Sicherheitsorganisationen (UNO, OSZE, Europarat, EU) müssen in ihrer Handlungsfähigkeit fortlaufend gestärkt werden

Etablierung allgemein anerkannter Normen und Regeln im internationalen System und eine noch intensivere Kooperation im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik

SPD

Deutschland soll wieder eine aktive und konstruktive Rolle spielen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die NATO soll künftig Motor bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung sein

DIE LINKE.

Auflösung der NATO. Sie soll durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands ersetzt werden, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat

Impressum

„Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2013“ ist ein Informationsangebot des Monitoringservices „Berliner Informationsdienst“. Der „Berliner Informationsdienst“ reduziert die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bietet ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs. Wir übernehmen das zeitaufwendige Screening der politischen Prozesse und bieten einen Überblick über die Top-Themen der Woche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse sowie die parlamentarische Agenda, die Termine der Bundesregierung und ausgewählter Stakeholder.

Berliner Informationsdienst eK

Friedrichstraße 60

10117 Berlin

Tel. 030. 20 45 41 -20

Fax 030. 20 45 41 -21

Email: mail@bid.ag

Internet: www.bid.ag

Herausgeberin:

Dr. Sandra Busch-Janser

Redaktion Sicherheitspolitik:

Roberta Wendt

Layout und Satz:

Lena Lamp und Germaine Rankewitz

Registergericht Charlottenburg HRA 47754 B

Steuernummer 34/248/00629

Verwendete Quellen

CDU/CSU: Regierungsprogramm 2013-2017 „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“ http://goo.gl/LOcfR

SPD: Regierungsprogramm „Das Wir entscheidet“ http://goo.gl/HP64I

FDP: „Bürgerprogramm“ http://goo.gl/RKrqs

Bündnis 90/Die Grünen: Wahlprogramm „Zeit für den Grünen Wandel“ http://goo.gl/Lpg2e

Die Linke: Leitantrag des Parteivorstandes zum Wahlprogramm Bundestagswahl 2013 „100% sozial“